



**Wähle
deine
Zukunft!**

JUGENDCHECK 2019

Positionen der Parteien zur Wahl des Nationalrats 2019

Vorwort

Am 29. September 2019 wird in Österreich ein neuer Nationalrat gewählt.
Damit Jugendthemen im Wahlkampf nicht untergehen, hat die
Bundesjugendvertretung (BJV) diesen Jugendcheck erstellt. Die BJV ist die
überparteiliche Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich.

Mehr Informationen zur BJV findest du unter www.bjv.at

Wir wollen die Wahl für junge Wähler*innen interessant und einfacher machen.

Denn: Nur wer wählen geht, bestimmt auch mit!

IMPRESSUM

Österreichische Kinder- und Jugendvertretung

ZVR-Zahl: 902252246

Der Verein ist die Geschäftsstelle der Bundesjugendvertretung (BJV).

Gem. § 10 Bundes-Jugendvertretungsgesetz (BGBl. 127/2000).

Entsprechend den Bestimmungen des § 10 B-JVG wird die Arbeit der
Bundesjugendvertretung vom Bundeskanzleramt Sektion V – Familien
und Jugend unterstützt.

 **Bundeskanzleramt**

Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend

Wahlinfos

Damit du alle Informationen hast, die du zum Wählen brauchst, haben wir die wichtigsten Fakten zusammengetragen.

- **29. September 2019** – an diesem Tag findet die Wahl statt.
- Alle österreichischen **Staatsbürger*innen ab 16 Jahren** dürfen wählen.
- Du kannst im **Wahllokal** oder per **Briefwahl** wählen.

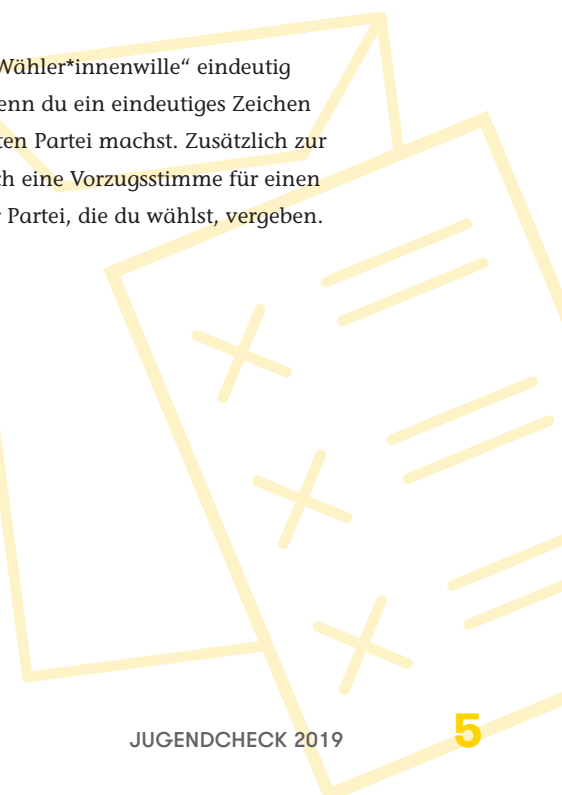
Im Wahllokal: Zum Wählen brauchst du einen Nachweis deiner Identität (Reisepass oder Personalausweis). Den Stimmzettel bekommst du von der Wahlkommission, die die Wahl kontrolliert und danach die Stimmen auszählt. Wo dein Wahllokal ist und wie lange es geöffnet hat, erfährst du in der „Amtlichen Wahlinformation“, die du ca. 14 Tage vor der Wahl per Post zugeschickt bekommst. Wenn du in einem anderen Wahllokal in Österreich wählen willst, brauchst du eine Wahlkarte. Du musst deine Wahlkarte rechtzeitig vor der Wahl bei deiner Gemeinde beantragen und bekommst sie per Post zugeschickt. Achtung: Du darfst den in der Wahlkarte enthaltenen Stimmzettel erst im Wahllokal ausfüllen! Informier dich bitte bald, in welchem Wahllokal Wahlkarten angenommen werden. Alle Infos zu den Wahllokalen findest du hier:

www.bmi.gv.at/wahlen

Per Briefwahl: Die Briefwahl ist im In- und im Ausland möglich.

Dafür musst du rechtzeitig vor der Wahl eine Wahlkarte bei deiner Gemeinde beantragen. Du bekommst die Wahlkarte per Post zugeschickt. Achtung: Die Wahlkarte muss spätestens am 29. September 2019, um 17 Uhr, bei der zuständigen Wahlbehörde eingelangt sein. Eine genaue Anleitung zum Wählen per Briefwahl findest du auf www.jugendcheck.at

- Deine **Stimme** ist gültig, wenn dein „Wähler*innenwille“ eindeutig erkennbar ist. Am sichersten ist es, wenn du ein eindeutiges Zeichen (z.B. Kreuz) im Kreis deiner bevorzugten Partei machst. Zusätzlich zur Stimme für eine Partei kannst du auch eine **Vorzugsstimme** für einen Kandidaten oder eine Kandidatin der Partei, die du wählst, vergeben.



Warum wählen?

Du fragst dich, warum du wählen gehen sollst?
Dafür gibt es viele Gründe!

Wir haben die wichtigsten Argumente gesammelt.

- **Nur wer wählt, bestimmt mit!**
Überlass nicht anderen die Entscheidung, wer deine Interessen im Nationalrat vertreten soll.
- **Weil es einen Unterschied macht!**
Du entscheidest mit deiner Stimme, welche Partei die stärkste Kraft im Nationalrat wird und ihr Programm am besten umsetzen kann.
- **Weil du es kannst!**
Stell dir vor, es sind Wahlen und niemand geht hin! Nur wenn du dich an Wahlen beteiligst, bist du Teil einer lebendigen Demokratie.

Jugendcheck

Im Wahlkampf ist es manchmal schwierig, den Überblick zu behalten. Darum haben wir den Jugendcheck gemacht und die Positionen der Parteien abgefragt. Die folgenden Seiten sollen dir dabei helfen, eine informierte Wahlentscheidung treffen zu können.

Folgende Parteien haben mitgemacht:

Österreichische Volkspartei (ÖVP)
Sozialdemokratische Partei Österreich (SPÖ)
Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ)
Die Grünen
NEOS
JETZT

(Das sind alle aktuell im Parlament, also National- und Bundesrat, vertretenen Parteien.)

Das sind die Themen des Jugendchecks im Überblick:

1. Bildung
2. Nachhaltigkeit
3. Gesundheit
4. Arbeit
5. Gesellschaft

1 Bildung

Sollen Studiengebühren für alle eingeführt werden?



ÖVP

Ja. Wir setzen uns für moderate Studienbeiträge gepaart mit einem sozial- und leistungsorientierten Stipendiensystem ein.

NEOS

Ja. Wir wollen es aber den Universitäten freistellen, ob sie nachgelagerte Studiengebühren einheben oder nicht. Dazu fordern wir einen Ausbau der Leistungs- und Sozialstipendien.

JETZT

Nein. Studiengebühren lösen weder die Probleme der Universitäten, noch führen sie zu mehr Gerechtigkeit. Stattdessen sollte man über eine jährliche Valorisierung der Studienbeihilfe nachdenken.

Grüne

Nein. Bildung ist ein Grundrecht, das allen Menschen zur Verfügung stehen sollte.

SPÖ

Nein. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes und dient als Schutzimpfung gegen Armut. Deshalb ist uns ein gutes Bildungssystem ein großes Anliegen. Alle Kinder, Jugendlichen und StudentInnen sollen die gleichen Chancen haben.

FPÖ

Nein. Aus freiheitlicher Sicht soll der freie Hochschulzugang für österreichische Studenten mit entsprechender Studienleistung ohne Studienbeiträge erhalten bleiben.

1 Bildung

Soll Politische Bildung als Unterrichtsfach ab der 5. Schulstufe in allen Schulformen eingeführt werden?



Grüne

Ja. Wir unterstützen die Forderung nach mehr Politischer Bildung in Schulen.

FPÖ

Nein. Wir wollen eine Erweiterung von Geschichte und Sozialkunde durch „Staatskunde und Politische Bildung“ ab der 5. Schulstufe zur Vermittlung unserer staatlichen Grundwerte und der rechtsstaatlichen Prinzipien.

JETZT

Ja. Aber wir fordern zudem eine verpflichtende Projektwoche zu Politischer Bildung pro Semester. Es sollte nicht nur um eine Note in Politischer Bildung gehen, sondern vor allem darum, Politische Bildung und Demokratiebildung in der Praxis zu erleben.

SPÖ

Ja. Schülerinnen und Schüler sollen erfahren, was Demokratie bedeutet und den Aufbau des politischen Systems in Österreich und der EU kennenlernen. Ziel muss es sein, ein politisches Selbstbewusstsein zu bilden.

NEOS

Nicht unbedingt. Wir befürworten die Aufwertung von Politischer Bildung in unserem Schulalltag. Ob es ein Schulfach im klassischen Sinne sein muss: Nicht unbedingt. Innovative, vernetzte und projektbasierte Ansätze sind auch gut vorstellbar.

ÖVP

Ja. Wir setzen uns für eine stärkere Verankerung des Unterrichtsschwerpunkts Politischer Bildung ab der 5. Schulstufe ein.

1 Bildung

Sollen Schulen mit großen sozialen Herausforderungen mehr Geld bekommen?



NEOS

Ja. unbedingt. Welche Bildungskarriere und damit auch welchen beruflichen Lebensweg junge Menschen einschlagen, hängt immer noch vorwiegend von der beruflichen Situation der Eltern ab und nicht davon, wo ihre eigenen Talente liegen.

FPÖ

Ja. aber nicht über einen Index im „Gießkannenprinzip“ sondern projektbezogen. Die Aufstockung der Geldmittel kann jedoch nur eine von mehreren Maßnahmen sein. Es braucht z.B. auch strengere Sanktionen gegenüber aggressiven und handgreiflichen Schülern.

SPÖ

Ja. Wir brauchen 5.000 zusätzliche LehrerInnen, um alle Kinder nach ihren Bedürfnissen und Talenten fördern zu können. Wir wollen keine Schülerin und keinen Schüler zurücklassen. Deshalb ist es wichtig, Schulen mit größeren Herausforderungen entsprechend auszustatten.

Grüne

Ja. Alle Schüler*innen sollen die gleichen Bildungschancen haben. Damit das möglich ist, müssen jene, die schwierigere Voraussetzungen mitbringen, besonders gefördert werden.

ÖVP

Ja. Schulen mit großen Herausforderungen sollen unter bestimmten Voraussetzungen, die es zu definieren gilt, mehr Geld bzw. Ressourcen bekommen. Dieser Ressourceneinsatz muss auch in regelmäßigen Abständen kontrolliert werden und es darf dazu zu keiner Umverteilung zwischen den Schulen kommen.

JETZT

Ja. Wir wissen aus Studien, dass in Österreich Bildung noch immer weitestgehend vererbt wird. Allen Menschen steht die beste Bildung zu. Daher muss es zusätzliche Mittel in Form eines Sozialindex für Schulen mit besonderen Herausforderungen geben.

2 Nachhaltigkeit

Soll eine CO₂-Steuer eingeführt werden?

ÖVP

Nein. In Österreich gibt es schon jetzt CO₂-abhängige Abgaben wie etwa die Mineralölsteuer oder die NoVa. Darüber hinausgehende nationale CO₂-Steuermodelle halten wir nicht für zielführend, weil sie speziell die Menschen im ländlichen Raum und sozial Schwächere belasten, die auf ihr Auto angewiesen sind.

SPÖ

Ja. Allerdings brauchen wir sie auf europäischer Ebene! Diese CO₂-Steuer soll sozial ausgewogen sein und es muss in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden. Außerdem möchten wir, dass CO₂-Emissionen von importierten Produkten bei der Einfuhr in die EU besteuert werden.

NEOS

Ja. Wir treten für eine aufkommensneutrale CO₂-Steuer ein. Sie ist der fairste und beste Weg, um die Emission von Treibhausgasen zu verringern und bringt Unternehmen dazu, klimafreundlich und innovativ zu arbeiten.

JETZT

Ja. Allerdings muss die CO₂-Steuer aufkommensneutral und sozial verträglich sein: Das eingenommene Geld muss über Pro-Kopf-Transfers, einen Klimabonus an Haushalte und Lohnnebenkostensenkungen an Unternehmen zurückfließen. Zusätzlich muss es einen Härtefonds für Pendler geben.

FPÖ

Nein. Wir haben bereits eine CO₂-Steuer, nämlich die Mineralölsteuer. Je nach Fahrzeug und Fahrweise entscheidet der Autofahrer über seinen Spritverbrauch. Zudem ist die FPÖ grundsätzlich gegen die Einführung neuer Steuern.

Grüne

Ja. Wir planen eine Steuerreform, in der Arbeit steuerlich entlastet und eine CO₂-Komponente eingeführt wird. Klimaschädliche Subventionen, wie Diesel- und Kerosin-Privilegien, sollen abgeschafft werden. Diese ökologische Umsteuerung soll insgesamt zu keiner Steuererhöhung führen.

2 Nachhaltigkeit

Soll Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen werden?



NEOS

Ja. Aber viel wichtiger sind konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz, damit es nicht bei einem leeren Symbol bleibt. Wir treten deshalb konkret für eine CO₂-Steuer und Geld für umweltfreundliche Technologien ein.

ÖVP

Ja. Um die politische und gesellschaftliche Bedeutung des Klimaschutzes gesetzlich entsprechend hervorzuheben, soll das bestehende Staatsziel Umweltschutz in der Bundesverfassung um ein deutliches Bekenntnis zum Klimaschutz ergänzt werden.

FPÖ

Nein. Der Umweltschutz ist bereits als Staatszielbestimmung in der Verfassung verankert. Die Freiheitliche Partei steht für Regionalität vor Globalisierung. Um z.B. lange Transportwege von Gütern zu verkürzen. Dies würde einen geringeren CO₂-Ausstoß bewirken und darüber hinaus z.B. unnötiges Tierleid (durch lange Transportwege) vermeiden. Wer Umweltschutz fördert, fördert auch den Klimaschutz.

SPÖ

Ja. Österreich hat als eines der ersten Länder das Pariser Klimaschutzabkommen unterschrieben und sich damit zum Klimaschutz verpflichtet. Wir wollen, dass der Klimaschutz gesetzlich noch stärker verankert wird und konkrete Maßnahmen rasch gesetzt werden.

JETZT

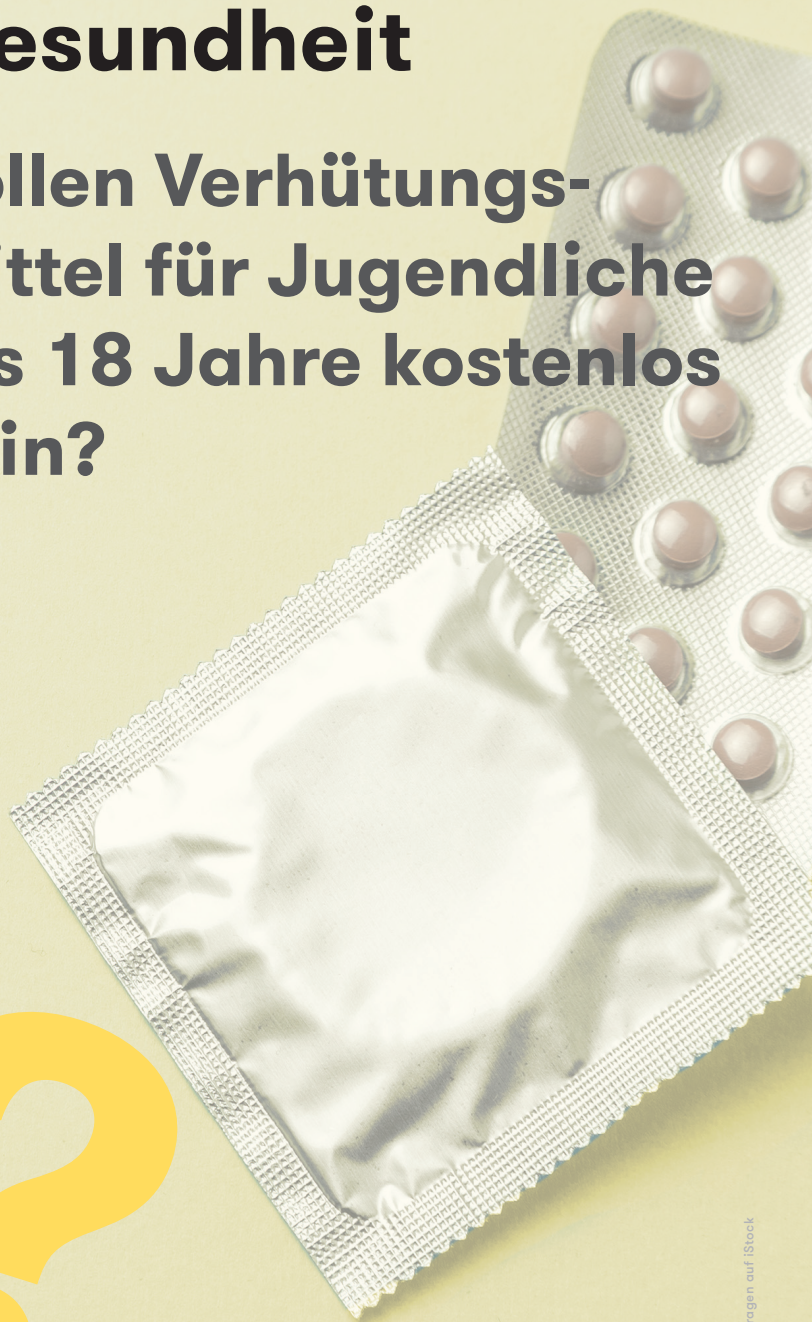
Nein. Eine Staatszielbestimmung zum Klimaschutz garantiert nicht, dass die jeweilige Bundesregierung gegen die Klimakrise tätig wird. Maßnahmen gegen den Klimawandel setzen politischen Willen und Mut voraus. Fehlt beides, wird eine Staatszielbestimmung rasch zu totem Recht.

Grüne

Ja. Der Umweltschutz ist eine Überlebensfrage für uns und die kommende Generation. Wir sind die letzten, die die Klimakatastrophe abwenden können. Daher muss der Klimaschutz in die Verfassung.

3 Gesundheit

Sollen Verhütungsmittel für Jugendliche bis 18 Jahre kostenlos sein?



NEOS

Ja. Um ungewollte Schwangerschaften und andere gesundheitliche Risiken zu vermeiden, ist neben sexueller Bildung und Aufklärung auch ein einfacher und kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln wichtig.

ÖVP

Nein. Wir setzen in Fragen der Sexualerziehung primär auf Aufklärung. Diese ist in erster Linie Verantwortung der Eltern und auch der Schule.

Grüne

Ja. Verhütungsmittel sollen generell allen Menschen gratis als Kassenleistung zur Verfügung stehen. Das gilt aber natürlich ganz besonders für Jugendliche.

FPÖ

Nein. Aus freiheitlicher Sicht sollte jedoch der Zugang zu Verhütungsmitteln für Jugendliche bis 18 Jahre günstiger gestaltet werden. Jedoch sollte die Aufklärung über Verhütung und Schwangerschaft verstärkt werden.

SPÖ

Ja. Wir wollen, dass der Zugang zu Verhütungsmitteln erleichtert wird, damit junge Menschen einen selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Umgang mit Sexualität leben können. Das darf keine Frage des Geldes sein.

JETZT

Ja. Einige EU-Länder bieten das bereits an. Wir brauchen kostenlose Verhütungsmittel für Jugendliche, um ungewollte Teenager-Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern. Zudem kann das Kondom Krankheiten wie HIV verhindern.

4 Arbeit

Soll die wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 30 Stunden gekürzt werden?

FPÖ

Nein. Das kann sich Österreich nicht leisten. Die österreichische Volkswirtschaft steht im europäischen und internationalen Wettbewerb. Derzeit stehen wir sogar vor der Herausforderung, dass wir in vielen Branchen zu wenig qualifizierte Arbeitnehmer haben. Eine Arbeitszeitverkürzung bringt hier nichts.

Grüne

Ja. Eine Arbeitszeitverkürzung ist ein mittelfristiges Ziel, das angesichts der Digitalisierung und Automatisierung am Arbeitsmarkt notwendig werden wird. Sie ist außerdem notwendig, um gegen die Folgen der menschengemachten Klimakrise anzukommen.

JETZT

Nein. Wir sind für eine etappenweise Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf zunächst 35 Std. Es ist sicherzustellen, dass Produktivitätsgewinne der Gesellschaft zugutekommen, etwa durch sinkende Preise oder verbesserte Work-Life-Balance und nicht zur Gewinnsteigerung einiger weniger dienen.

NEOS

Nein. Das könnte zu massiven Jobverlusten führen. Was es braucht ist Flexibilität, weil starre 9-5 oder 9-3 Jobs nicht mehr zeitgemäß sind. Daher müssen wir innovative Arbeitszeitmodelle ausbauen.

SPÖ

Ja. 30 Stunden sind das langfristige Ziel. Unser derzeitiges Programm sieht eine 35-Stunden-Woche, einen Rechtsanspruch auf eine 4-Tage-Woche und eine 6. Urlaubswoche nach 25 Jahren Arbeit für alle vor.

ÖVP

Nein. Eine einseitige Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen bedeutet enorme Kosten für unsere Betriebe und gefährdet Arbeitsplätze. Stattdessen ist die Möglichkeit, Arbeitszeit freier und flexibler einzuteilen, im Interesse von Arbeitnehmern UND Arbeitgebern.

4 Arbeit

Soll der Mindestlohn von € 1.700,- (brutto) für Facharbeiter*innen eingeführt werden?

ÖVP

Nein. Gesetzliche Mindestlöhne sind kontraproduktiv. In Österreich werden Löhne von den Sozialpartnern im Rahmen der Kollektivverträge verhandelt. Es gibt keine Notwendigkeit, durch Gesetze in dieses bewährte System einzugreifen.

JETZT

Ja. In der letzten Gesetzgebungsperiode wurden von der Liste JETZT Anträge auf einen gesetzlichen(!) Mindestlohn von € 1750,- brutto zur Diskussion gestellt, leider ohne Erfolg. Ein solcher Mindestlohn würde das abdecken, was für 40 Std. Arbeit zum Leben notwendig ist.

SPÖ

Ja. Wir wollen, dass alle Menschen von ihrer Arbeit leben können. Deshalb wollen wir, dass ALLE Menschen bei Vollzeitarbeit einen Mindestlohn von € 1.700,- erhalten.

FPÖ

Nein. Die FPÖ spricht sich für einen gesetzlichen Mindestlohn in der Höhe von € 1.500,- netto aus. Dabei sollte man vor allem auch eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten (Steuern/Sozialversicherung) bei kleinen Einkommen umsetzen, um den Arbeitnehmern mehr Netto vom Brutto garantieren zu können.

Grüne

Ja. Kein Mensch soll zu Niedriglöhnen (unter dzt. ca. € 10,- brutto pro Stunde) arbeiten müssen. Ob dies durch ein Mindestlohngesetz oder einen Generalkollektivvertrag erfolgt, ist dabei nebensächlich.

NEOS

Nein. Wir bevorzugen Kollektivverträge, die Mindestlöhne in den Branchen festlegen und mit Vertreter_innen der Arbeitnehmer_innen und der Arbeitgeber_innen verhandelt werden. Dieses System funktioniert sehr gut in Österreich.

5 Gesellschaft

Soll eine verpflichtende Mindestquote von 50 % Frauen auf allen Kandidat*innenlisten zu Nationalrats- und Landtagswahlen eingeführt werden?

Grüne

Ja. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Wir fordern eine dementsprechende Repräsentation in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen.

ÖVP

Ja. Im Parlament soll es einen möglichst breiten Querschnitt der Bevölkerung geben. Wir setzen daher bereits jetzt ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern durch ein Reißverschlussystem auf den Wahllisten zur Nationalratswahl um.

SPÖ

Ja. die SPÖ hat durch das Reißverschlussprinzip auf der Bundesliste eine Frauenquote von 50 Prozent. Es ist höchste Zeit für Gleichberechtigung. Das Parlament hat hier eine wichtige Vorbildwirkung.

NEOS

Nein. Wir müssen viel mehr tun, um Frauen zu ermutigen, sich politisch zu engagieren – und wir dürfen uns nicht auf einer Quote ausruhen. Wir NEOS zeigen, wie das ohne Quote geht: Wir haben als einzige Partei 50% Frauenanteil im Nationalrat.

FPÖ

Nein. Verpflichtende Quoten bei der Erstellung von Kandidatenlisten widersprechen grundlegend dem demokratischen Prinzip, insbesondere dem aktiven und passiven Wahlrecht.

JETZT

Ja.

5 Gesellschaft

Sollen Personen,
die seit 10 oder
mehr Jahren ihren
Hauptwohnsitz in
Österreich haben,
das Wahlrecht
bekommen?



Grüne

Ja. Wir sind der Meinung, dass Menschen, die seit 10 Jahren in Österreich leben, auch die Österreichische Staatsbürgerschaft erhalten sollen – und zwar einfacher als das jetzt möglich ist.

JETZT

Ja.

SPÖ

Nein. Diese Personen sollen das Wahlrecht nicht automatisch bekommen. Das Wahlrecht zur Nationalratswahl ist an die Staatsbürgerschaft gekoppelt – das soll auch so bleiben. Auf Gemeinde- bzw. Bezirksebene dürfen schon heute EU-BürgerInnen wählen.

FPÖ

Nein. Das Wahlrecht (aktiv und passiv) ist eines der höchsten und wichtigsten Staatsbürgerrechte, das muss auch so bleiben und verdient sein. Die FPÖ lehnt daher jegliche Bestrebungen in Richtung einer Aufweichung entschieden ab.

NEOS

Ja. Integration wird am stärksten durch Teilnahme und Teilhabe gefördert. Daher sollen Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben, auch auf politischer Ebene mitbestimmen können.

ÖVP

Nein. Das Wahlrecht zu landes- und bundesweiten Wahlen ist ein hohes Gut und soll weiterhin österreichischen Staatsbürgern vorbehalten sein.

Nationalratswahl

29. September 2019

**Deine
Stimme
zählt**



www.jugendcheck.at